

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die neuen Forderungen der Gewerkschaften.

Eine gemeinsame Aktion mit den beiden sozialdemokratischen Parteien.

Die am Generalstreik beteiligten Arbeitnehmerorganisationen und die Vertreter der Parteien der sozialdemokratischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei sind, wie der „Vorwärts“ mitteilt, gestern in eine Prüfung der politischen Lage eingetreten. Sie haben, wie das Blatt berichtet, insbesondere die Berichte ihrer ins Ruhrgebiet entsandten Vertrauensmänner entgegengenommen und sind zu dem Ergebnis gelangt, von der Regierung mit größtem Nachdruck auf Grund der Vereinbarungen, zu denen sich die Regierung bei Einstellung des Generalstreiks verpflichtet hatte, die Erfüllung folgender Maßnahmen zu verlangen:

1. Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung, obliegt den nach dem Bielefelder Abereinkommen zu bildenden Ordnungswachen.
2. Kein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr.
3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ordnungswachen sofort zu bilden, worauf der Rückzug der Reichswehr erfolgt.
4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altona u. s. w. verlangen sofortige Abhilfe. Die verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften sind zu schützen; die abgetrennten unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Bestrafung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichswehrminister sachliche und persönliche Garantien gegen die Weiterverwendung unzuverlässiger Führer fordern. Die Befreiung von Munition an internationalen Formationen (Brigade Ehrhardt usw.) ist sofort einzustellen.
5. Auf die preussische Regierung wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitsbehörden durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gelangt.

Die Arbeitnehmerorganisationen sehen in der schleunigen Durchführung dieser Maßnahmen eine unabdingbare Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeitnehmerschaft entgegenwirken zu können.

Die Organisationen unterstützen ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung und behielten sich weitere Schritte nach Entgegennahme der Regierungserklärung vor.

Berlin, 6. April 1920.

- Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, gez. G. Legten.
 Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, gez. D. Urban.
 Deutscher Beamtenbund, gez. M. Lange.
 Berliner Gewerkschaftskommission, gez. D. Rusch.
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands, gez. S. Hoffenbueh.
 Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands, gez. A. Crispian.

Einberufung der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung wird voraussichtlich die Osterferien, die bis zum 14. April dauern sollten, unterbrechen und wahrscheinlich schon Sonnabend, den 10. April, zusammenzutreten. Der anwesendliche in seiner badischen Heimat weilende Präsident Fehrenbach ist gestern von den Führern der Mehrheitsparteien telegraphisch erlucht worden, das Parlament zum 10. April einzuberufen, um zu den Ereignissen im Ruhrgebiet und dem Einmarsch der Franzosen Stellung zu nehmen.

Die Haltung der Alliierten in der Besatzungsfrage.

Ablehnende Stimmung in Amerika?

„Noch nicht geklärt.“

(Telegramm.)

Amsterdam, 7. April. (W. T. W.)

„Telegraaf“ meldet aus Paris, daß die Haltung der Bundesgenossen Frankreichs gegenüber dem Vordringen der französischen Truppen noch nicht geklärt ist. Die Berichte aus Italien sind nicht sehr günstig. Die italienische Regierung soll die französischen bereits haben wissen lassen, daß sie Versöhnungsvorschläge lieber sehen hätte als militärische Maßnahmen. Die Berichte aus Washington sind ebenfalls wenig befriedigend. Auf die direkte Unternehmung Amerikas hat Frankreich aus keinem Fall zu rechnen. Sogar von der belgischen Regierung erwartet man nicht, daß sie vorbehaltlos den Beschlüssen Frankreichs zustimmen wird. Der diplomatische Berichterstatter des „Evening Standard“ schreibt: Die Besetzung Frankreichs und Darnstahls durch die Franzosen habe eine ernste Lage geschaffen, die in hohen diplomatischen Kreisen viel Sorgen wecke. Die amerikanische Regierung wird in deutschen und energischen Worten gegen das Vordringen Frankreichs Einspruch erheben. Wie der Berichterstatter weiterhin meldet, besteht Grund zu der Annahme, daß die Berichte aus französischer Quelle über die Lage im Ruhrgebiet nicht allzu gemüht sind. Die „London Times“ nennen das Vorgehen Frankreichs den richtigen Schritt. Das, was die deutsche Regierung zur Entschärfung der Besetzung des Ruhrgebietes anstufte, sei ebenso kindisch, unehrlich und unverschämte, wie die Entschärfung Besatzung wegen Verletzung der belgischen Neutralität.

„Weltmeister Gazette“ bedeutet die Handlungsweise der Franzosen und erklärt darin einen Beweis, daß die Alliierten das Problem nicht gemeinsam lösen können. Wie „Telegraaf“ aus London meldet, ist die Ansicht der amerikanischen Presse über den Vordringen der französischen Truppen geteilt. „New York Times“ und „World“, die der Regierung nahe stehen, sind der Ansicht, daß Frankreich zu Unrecht in der Bewegung der deutschen Truppen eine Bedrohung sieht, und denken an, daß Frankreich einen Vorstoß unternimmt, um Frankfurt zu besetzen. „New York Sun“ gibt die Ansicht der verschiedenen republikanischen Senatoren wieder, die in dem geforderten Vorgehen Frankreichs den Beweis sehen, daß der Völkerbund bereits in der Auflösung begriffen und daher das Mißtrauen der republikanischen Partei gegen den Bund gerechtfertigt ist.

Paris, 7. April. (W. T. W.)

Agence Havas meldet aus Washington: Der französische Botschafter Jusserand übergab am Montag die französische

Note, in welcher die Regierung der Vereinigten Staaten um ihre Meinungsäußerung zur Besetzung von Städten des rechten Rheinuferes ersucht wird. In unterrichteten Kreisen heißt es, von der Regierung sei darauf bis jetzt noch keine Antwort gegeben worden. Es ist auch noch nicht geklärt, daß eine solche überhaupt erfolgen werde. Die Haltung Amerikas sei nur die eines Beobachters, den die Ereignisse interessieren. Die Vereinigten Staaten sehen in den Vordringen deutscher Truppen im Ruhrgebiet keine Komplikationen unter der Bedingung, daß die Truppen wieder zurückgezogen würden, sobald die normale Lage wieder hergestellt ist.

Die Gründe Millerands.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Daag, 7. April.

Millerand sendte den französischen diplomatischen Vertretern eine Zirkularnote, mit der Aufforderung, die fremden Regierungen über das deutsche Verhalten zu unterrichten. Das Zirkular legt auseinander, daß Frankreich nicht unter dem Eindruck der deutschen feindlichen Gesinnung handle. Wie der Premierminister bereits in der Kammer erklärt habe, wünsche er auch weiter, daß es Frankreich bald möglich sein werde, normale Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Verkehrs aufzunehmen. Er versichere, daß alle enthaltene Verhandlungen auf diesem Gebiete von der französischen Regierung günstig aufgenommen würden. Der Premierminister erklärte dann weiter, er verhehle sich die Schwierigkeiten, denen die deutsche Regierung ausgesetzt sei, in keiner Weise, habe er doch verschiedentlich erklärt, daß er sie in Erwägung ziehen wolle. Aber die deutsche Regierung habe trotz ihrer Verhinderung der französischen Regierung gegenüber dem Druck der eigenen militärischen Partei nachgegeben und dadurch eine fieberliche Abmachung des Versailles Vertrages verleiht.

Es wäre falsch zu sagen, berichtet der Pariser Korrespondent des „Amsterdamer Handelsblad“, daß die Ausdehnung der französischen Besetzung bis Frankfurt a. M. usw. in Paris feindliche Gesinnung gegen Deutschland hervorgerufen hat. Man sieht darin eine notwendige, wenn auch bedauerliche und unangenehme Maßnahme. Selbst die Tatsache, daß die Franzosen jetzt die Stadt besetzen, in der sie 1871 einen so feindlichen Vertrag unterzeichneten, erweckt keinerlei Enttäuschung. Die Frage, die alles beherrscht, ist augenblicklich die, ob die französische Aktion isoliert bleiben wird, oder ob die Alliierten sie unterstützen werden.

Behauptung, Truppenteile der Reichswehr seien in das Ruhrgebiet mit schwarzweißroten Fahnen und mit Hochrufen auf den Kaiser eingedrückt. Das mag übertrieben sein, aber es ist bekannt, daß beispielsweise die Potsdamer Truppen mit Fahnen und Helden, die nichts Republikanisches hatten, nach dem Ruhrgebiet ausmarchiert sind. Der Reichskommissar Geering hat verprochen, daß alle Maßnahmen gegen ein solches Verhalten des Militärs getroffen werden sollen. Hat man seine Vorpflichten überall befolgt? Militärische Personen, die sich über solche Vorwürfe hohnlachend hinwegsetzen sollten, würden ein doppeltes Verbrechen begehen. Ein Verbrechen, indem sie die Arbeiterschaft anrufen, und ein Verbrechen, indem sie den Franzosen das scheinbare Recht geben, die notwendige Polizeiaktion im Ruhrgebiet zu einem militärischen Unternehmen zu entstellen. Wenn die Gewerkschaften

und die Sozialdemokraten Sicherung gegen diesen alten Gift, demokratische Erneuerung der Reichswehr und Einheitswehr fordern, stimmen wir ihnen bei. Wenn sie an dem Tage, wo der französische Militarismus seine Fahnen über Frankfurt am Main, Darmstadt und Hanau wehen läßt, etwas fordern, was den Triumph dieses Militarismus bekräftigen müßte, weisen wir das zurück. Den Deutschnationalen und den anderen reaktionären Gruppen und Republikanern des Ruhrgebietes aber, die heute über das Chaos herfallen, weisen wir man nur raten, still und bescheiden zu sein. Wenn sie haben, durch ihre Agitation und ihren Ruf, dieses Chaos geschaffen, und ihnen verdankt es Deutschland, daß heute Frankfurt am Main und die anderen Städte unter der französischen Arbeitnehmerschaft stehen.

T. W. Am Leitartikel der heutigen Morgennummer wurde hier bemerkt, die Dummheit sei ein mildernder Bestandteil jeder Gewaltspolitik. Leider kann jede Dummheit darauf rechnen, daß ihr eine andere aus dem generischen Lager zu Hilfe kommt. Die Vorkämpfer der gewerkschaftlichen Organisationen und der beiden sozialdemokratischen Parteien — Molkenbueh für die Mehrheitssozialdemokratie und Crispian für die Unabhängigen — haben sich vereinigt und von der Regierung die Erfüllung von fünf Forderungen verlangt. Unter diesen fünf Forderungen, die alleamtlich auf die Ausschaltung oder Abänderung des militärischen Elements bezogen, sind berechtigte und begründete, denen man vom demokratischen Standpunkte aus zustimmen kann. Aber Punkt 1 fordert die Regierung zum Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone auf. Das ist dem Augenblick, wo der französische Militarismus, der wohl noch etwas fräftiger als der deutsche ist, Frankfurt am Main und Darmstadt beherrscht. Wollen die deutschen Sozialdemokraten, wollen die deutschen Gewerkschaftler die Gewalttat des französischen Militarismus vor der Welt rechtfertigen, diesem Militarismus ihre Hilfe leisten? Wollen sie ihn einen Triumph bereiten, ihn gestalten, frohlockend zu verkünden, daß Deutschland, oder daß wenigstens die deutsche Arbeiterschaft vor ihm ins Maulschloß gefprochen sei? Offenbar wollen sie das nicht. In den Kommentaren, mit denen der „Vorwärts“ die Forderungen begleitet, wird dem französischen General Dequoute gesagt, die deutsche Arbeiterschaft habe sich noch nicht unter das Protektorat der französischen Militärischen gestellt. Auch sonst wird in diesen Kommentaren einiges gesagt, was den üblen Einbruch des sozialdemokratischen Vorgehens abschwächen soll. Und selbst die „Freiheit“ hält sich, obgleich sie natürlich gegen die Regierung scharf loszieht, doch ziemlich zurück. Wir sind der Meinung, daß unter den gegenwärtigen Umständen, unter dem Druck, den die Gewalttätigkeit des französischen Militarismus ausüben möchte, das Ruhrgebiet nicht einen Tag länger, als vorgehien war und als die Lage es gestattet, geräumt werden darf. Sonst würde, wie die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaftsorganisationen es auch auslegen möchten, der französische Militarismus sagen können, daß er abermals dem deutschen Volke seinen Willen aufgezwungen habe, und aus diesem Stillsitzen des französischen Militarismus würde unweigerlich, wie es so zu gehen pflegt, der deutsche neue Nahrung und Stärkung ziehen. Die Reichsregierung hat erklärt, sie brauche höchstens sieben Tage für die Operationen im Ruhrgebiet. Der Reichskommissar Geering hat in seinem Aufruf die Worte „einige Tage“ gewählt. Die „sieben Tage“ und die „einigen Tage“ werden bald vorüber sein. Aber es muß vor der Welt Klarheit darüber herrschen, daß diese kurze Frist nicht aus Furcht vor irgendeinem Nachschub noch abgefragt werden soll. Es muß Klarheit darüber herrschen, daß die französische Gewalttätigkeit ihr Ziel, das deutsche Volk einzufurchten, verfehlt. Die Vertriebsstellen deutscher Militärs müssen, soweit sie noch vorhanden sind, energig unterdrückt werden, aber wir wollen auch nicht die verhängnisvolle Diktatur der sozialdemokratischen Winderheit.

Die Regierung hat heute früh die Note veröffentlicht lassen, die der wenig benedenswerte Geschäftsträger in Paris der französischen Regierung übergeben hat. Diese Note enthält einige portreffliche Sätze, und zum Beispiel den in Frankreich anscheinend unbekanntem Wahrheitsfakt: „Dem Weltfrieden wird durch nichts besser gedient, als wenn jeder Staat innerhalb seiner Grenzen geordnete Zustände aufrecht erhält.“ Aber die Note ist ein wenig lang, und man hätte sie noch eindringlicher und prägnanter fassen sollen. Es kommt heute alles darauf an, daß die Welt die Zustände im Ruhrgebiet und die Absichten der deutschen Regierung nicht so sieht, wie sie von der verlogenen Boulevardpresse dargestellt werden, sondern so, wie sie wirklich sind. Niemand war es nötiger, die Welt davon zu überzeugen, daß nicht in Deutschland, sondern nur noch in Frankreich der militärische Geist herrscht. Es ist nötig, der Welt vor Augen zu halten, wie dasjenige Frankreich, das sich in den Millerand, Koch und Barthou verkapert, Europa nicht zur Ruhe kommen läßt und nur auch den Bolschewismus und sogar das Anarchieverweien begünstigt, indem es in Deutschland die Anarchie befeht. In solcher Auffassung der Welt hat man bei weitem nicht genug getan. Nicht allgemeine Behauptungen, sondern nur Tatsachen und immer wieder Tatsachen können in diesem Falle wirksam sein. Die Berichte und Telegramme der nichtmilitärischen Stellen im Ruhrgebiet, die den Schreien der bewaffneten Anarchie schildern, nach Hilfe rufen, müßten längst hinaus in die Öffentlichkeit gehen. Wie nach dem Zusammenbruch des Russisches der Sieg der Völkersache dem Ausland nicht genügend beleuchtet wurde, so hat es auch jetzt an der richtigen Aufklärung gefehlt. Es ist bedauerlich, daß immer noch der Minister des Innern, der den Reichskommissar Hermann Müller usw. verschont hat, nicht ermannt worden ist. Es ist schon eine physische Unmöglichkeit, daß heute ein Reichsminister im Nebenamt auch noch die auswärtigen Angelegenheiten dirigiert. Wer frechtich — was nicht der beste Minister des Innern, wenn die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien in den Besatzungsfragen des Landes die Entscheidung an sich reißen wollen? Und was nützt der vorzüglichste Aufklärungsdienst, wenn eine Kundgebung dieser Organisationen und Parteien alles über den Haufen wirft?

Unter den Forderungen der Gewerkschaften und der gemeinsam marschierenden sozialdemokratischen Parteien sind, wie schon gesagt wurde, einige, die man billigen, und deren Durchführung man wünschen kann. Der „Vorwärts“ erklärt, die Waffe der deutschen Arbeiterschaft wolle heute noch keine Experimente mit der Mäherkraft, sondern ganz einfach den Schutz der Republik, nach dem Auftreten der reaktionären Militärs, diesen Schutz der Republik noch weiter verknüpfen will. Zwischen den vielen Schwindelgeschichten, die sich in der Pariser Presse gegenwärtig ereignen, liegt man auch die